



NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: JHA/06/2016
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Tag: Mittwoch, 07.09.2016
Ort: Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme
Beginn: 16:00 Uhr
Hinweis:

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. . Feststellung der Tagesordnung
2. . Mitteilungen
3. . Programme "NRW hält zusammen" und "EHAP"
Vorstellung der Aktivitäten des Diakonischen Werkes und des Caritasverbandes
4. . Anliegen der Jugendräte
5. . Antrag der CDU-Fraktion gem. § 6 Abs. 1 GeschO des Rates
Sachstandsbericht "Veränderte Steuerungspraxis im ASD"
Vorlage: 0808/2016
6. . Antrag der CDU-Fraktion gem. § 6 Abs. 1 GeschO des Rates
Bericht aus den Arbeitsgruppen nach § 78 Jugendhilfegesetz
Vorlage: 0809/2016
7. . Integrationsleitfaden - Schritte zur Integration der Flüchtlinge in Hagen
Vorlage: 0806/2016
8. . Betreuung der Kinder von Flüchtlingen und Zuwanderern in Hagen
9. . Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern in Hagen
10. . Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen
11. . Kindertageseinrichtung Kochstraße
Vorlage: 0722/2016
12. . Kindertageseinrichtung Volmepark
Vorlage: 0723/2016



13. . Inklusion in Hagen: Entsendung von Vertretern des Beirates für Menschen mit Behinderung in den JHA, SAS, STEA, KWA und SFA.
Vorlage: 0613/2016
14. . Bericht zum Arbeitsfeld "Offene Kinder- und Jugendarbeit in Hagen"
Vorlage: 0725/2016
15. . Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände/ Freie Träger der Jugendhilfe, Jugendverbände und sonstige Träger der Jugendhilfe
hier: Jahresberichte 2015
Vorlage: 0696/2016
16. . Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. . Feststellung der Tagesordnung

Herr Reinke begrüßt die Anwesenden zur ersten Sitzung nach der Sommerpause.

Herr Sondermeyer kündigt im Namen seiner Fraktion an, bei den Vorlagen zu den Tagesordnungspunkten 11 und 12 wegen des noch bestehenden Beratungsbedarfes zu beantragen, die heutige Beratung als erste Lesung zu betrachten.

Herr Reinke stellt fest, dass diese Ankündigung die Feststellung der Tagesordnung nicht berührt und daher bei der jeweiligen Beratung der Tagesordnungspunkte berücksichtigt wird.

Er stellt fest, dass es keine Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt.

2. . Mitteilungen

Herr Reinke teilt mit, dass sich Herr Lohmann, Frau Buchholz, Herr Vogt und Frau Schärer entschuldigt hätten, nicht an der Sitzung teilnehmen zu können.

Herr Goldbach weist auf verschiedene Broschüren hin, die ausgelegt worden seien.

Frau Scharlau informiert über die Klimaschutzkonferenz für Kinder, die am 05. November stattfindet. Es sei eine große Veranstaltung, an der viele Akteure beteiligt seien. Sie bittet, die Information zu verbreiten.

Herr Reinke weist darauf hin, dass am 13.09.2016 die Eröffnung der Spielplätze im Rahmen der Sozialen Stadt Wehringhausen stattfindet.

3. . Programme "NRW hält zusammen" und "EHAP" Vorstellung der Aktivitäten des Diakonischen Werkes und des Caritasverbandes

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Koslowski und Frau Spielmann stellen die Programme „NRW hält zusammen“ und „EHAP“ vor (**siehe Anlagen zu TOP 3**).



Herr Koslowski beantwortet Fragen von Herrn Reinke und Herrn Sondermeyer.

Frau Kaufmann dankt für den guten Vortrag und die wertvolle Arbeit, die in dem Zusammenhang geleistet würde. Sie berichtet, dass man von Zeitarbeitsfirmen wisse, die auf perfide Art und Weise ungeklärte Arbeitsverhältnisse ausnutzten. Wie gestalte sich in dem Zusammenhang die Zusammenarbeit mit den Ordnungsbehörden?

Frau Spielmann berichtet, dass man sehr darum werben müsse, dass die Betroffenen ihre Rechte wahrnehmen. Sie schildert die Problematik. Um eine Anzeige zu machen, brauche man die Hilfe der Betroffenen. Man schalte in solchen Fällen auch gerne den DGB ein. All diese Menschen wollten arbeiten. Die Abhängigkeit von den Arbeitgebern erschwere ein Durchsetzen berechtigter Anliegen.

Herr Stechele weist darauf hin, dass in diesen Fällen bereits Hinweise von Dritten Ermittlungen auslösen würden. Es sei sehr wichtig, frühzeitig gegen vorhandenes Unrecht vorzugehen.

Herr Reinke bedankt sich für den Vortrag und wünscht für die weitere Arbeit alles Gute.

4. . **Anliegen der Jugendräte**

Dieser Tagesordnungspunkt entfällt, da kein Mitglied des Jugendrates anwesend ist.

5. . **Antrag der CDU-Fraktion gem. § 6 Abs. 1 GeschO des Rates Sachstandsbericht "Veränderte Steuerungspraxis im ASD" Vorlage: 0808/2016**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goldbach weist darauf hin, dass man die Stellungnahmen zu beiden Anträgen trotz der kurzen Zeitspanne bereits heute als Tischvorlage liefern könne.

Herr Goebels erläutert die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der CDU-Fraktion zur veränderten Steuerungspraxis im ASD (**siehe Anlage zu TOP 5**).



Frau Köppen möchte wissen, ob man Aussagen dazu treffen könne, inwieweit sich die Maßnahmen von Frühen Hilfen und Kinderschutz bereits auf die Hilfen der Erziehung auswirkten.

Herr Goebels führt aus, dass man die Familien mit den Frühen Hilfen begleiten könne. Aber diese ersetze in der Regel keine Hilfe zur Erziehung. Es könne sicher ergänzend wirken oder im Vorfeld stattfinden. Man arbeite in dem Bereich eng verzahnt.

Herr Reinke dankt für die Antwort und stellt fest, dass der Antrag damit erledigt sei.

6. . **Antrag der CDU-Fraktion gem. § 6 Abs. 1 GeschO des Rates
Bericht aus den Arbeitsgruppen nach § 78 Jugendhilfegesetz
Vorlage: 0809/2016**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goldbach erläutert die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der CDU-Fraktion zu den Arbeitsgruppen nach § 78 Jugendhilfegesetz
(siehe Anlage zu TOP 6).

Er richtet in dem Zusammenhang seinen Dank an alle Beteiligten, die in den Arbeitsgemeinschaften mitwirken.

Frau Köppen schließt sich diesem Dank ausdrücklich an. Die Arbeit in den Arbeitsgemeinschaften in Hagen sei vorbildlich. Es sei sicher nicht die Regel, dass der Freie Träger und der Öffentliche Träger die Jugendhilfe so gut und so konsequent gemeinsam entwickelten wie in dieser Stadt. Darauf könne man in Hagen stolz sein.

Herr Fischer bestätigt, dass die Zusammenarbeit in Hagen von Anfang an partnerschaftlich aufgebaut worden sei. In der Leitung des Jugendamtes hätten mit Herrn Steuber und Herrn Goldbach Menschen gesessen, die ein Interesse daran gehabt hätten. Er wolle dafür seinen persönlichen Dank an die Spitze des Jugendamtes und die Kollegen wie Frau Haack richten, die ja auch von Anfang an diesen Prozess begleitet hätten.

Herr Reinke bedankt sich bei der Verwaltung für die schnelle Abarbeitung der Anträge. Auch dieser Antrag sei damit erledigt.



7. . Integrationsleitfaden - Schritte zur Integration der Flüchtlinge in Hagen Vorlage: 0806/2016

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Kaufmann führt in die Thematik ein.

Sie erinnert an die Einrichtung des Runden Tisches, der ursprünglich zum Thema „Zuwanderung“ gegründet worden sei, dann aber - der aktuellen Entwicklung geschuldet - auf das Thema „Flüchtlinge“ konzentriert wurde. Man habe in einer Arbeitsgruppe innerhalb des Runden Tisches erste Übersichten zum Thema Integration gemacht. Dann sei innerhalb des Fachbereiches dieser Leitfaden erarbeitet worden. Er solle als Arbeitspapier dienen und sei daher bewusst als Entwurf gekennzeichnet. Man wolle diesen der Politik vorstellen, um Transparenz zu schaffen.

Sie schildert die Entwicklung der Bestrebungen in dem Bereich.

Zum Beginn des Schuljahres seien die Kinder versorgt gewesen. Leider gebe es nun erneut eine Warteliste, mit der man bis zum Ende des vergangenen Schuljahres nicht gerechnet habe.

Sie macht abschließend darauf aufmerksam, dass dieser Leitfaden nicht das Integrationskonzept ersetze, das man im kommenden Jahr neu auflegen werde. Man mache darin keine Aussage zur EU-Zuwanderung. Der Leitfaden sei mit einzelnen Partnern bereits vorbesprochen worden, u.a. mit der Interfraktionellen Arbeitsgruppe.

Sie dankt in diesem Zusammenhang den Mitarbeitern des Fachbereichs, die das ermöglicht hätten.

Herr Goldbach stellt den Integrationsleitfaden vor (**siehe Anlage zu TOP 7**).

Frau Kaufmann ergänzt, dass das Integrationsgesetz Veränderungen mit sich bringen werde. Man recherchiere derzeit, wie viele Personen von der Wohnsitzauflage betroffen seien. Man gehe von ca. 300 Bedarfsgemeinschaften aus. Die Umsetzung der Vorgaben werde die Stadt vor einige Herausforderungen stellen. Ausnahmen gebe es nach dem Gesetz nur in Härtefällen. Von den Auswirkungen würden auch Kinder und Jugendliche betroffen sein.

Herr Reinke dankt für die Einführung. Man unternehme in Hagen viele Anstrengungen, die Herausforderungen zu meistern. Dafür danke er allen Beteiligten.

Frau Cramer spricht die Integration von Schülern in den Grundschulen an. Es sei von vielen verschiedenen Stellen an sie herangetragen worden, dass sich die Integration von Schülern in den Grundschulen sehr schwierig gestalte. In manchen Klassen bestehe die Hälfte der Schüler aus Rumänen und Bulgaren, die die deutsche Sprache nicht beherrschten. Die Klassengrößen hätten sich aufgrund der EU-Zuwanderung drastisch erhöht. Sie gehe davon aus, dass diese Problematik auch im Schulausschuss behandelt werde.

Herr Koslowski berichtet aus seiner Sicht, dass die Flüchtlinge aus Mecklenburg-Vorpommern in der Regel von dort geschickt worden seien. Das sei zu einem Zeitpunkt gewesen, als das Vorgehen völlig legitim gewesen sei, da sich ein anerkannt-



ter Flüchtling seinen Wohnort aussuchen konnte. Dieses Verhalten sei mit Inkrafttreten des Gesetzes am 06.08.2016 rückwirkend illegalisiert worden. Die Frage, wie einzelne Bundesländer damit umgingen, sei noch unbeantwortet. Das Land NRW habe dazu noch keine abschließende Entscheidung getroffen. Dennoch agierten viele Kommunen völlig unterschiedlich. Das habe erhebliche Konsequenzen für die Flüchtlinge. Das träfe auf ca. 20 % der Flüchtlinge zu. Die Beratungsstellen seien voll von verzweiferten Menschen, die nicht wüssten, wie es mit ihnen weitergehe. Es sei im Moment eine große Unruhe vorhanden und das nicht nur unter den Flüchtlingen, sondern auch unter den ehrenamtlichen Helfern. Die Fragen der Abwicklung sollten schnell beantwortet werden.

Frau Kaufmann gibt Herrn Koslowski Recht, dass es vor allen Dingen für diejenigen schwierig sei, die vor dem 06.08.2016 gekommen seien. Da müsse jeder Einzelfall gesondert betrachtet werden. Grundsätzlich gelte, dass die Kernfamilien zusammenbleiben könnten, wenn ein Familienmitglied eine feste Beschäftigung habe oder sich in einer Ausbildung befinde. Die Ausführungsbestimmungen würden bis Ende Oktober erwartet.

Herr Goldbach berichtet, dass es von heute eine Landesübereinkunft gebe, wie die Jobcenter mit den laufenden Fällen verfahren sollen. Das entspreche der Verfahrensweise, die man in Hagen abgesprochen habe. Es werde unter Vorbehalt und vorläufig bewilligt. Die Ausländerbehörde müsste über Ausnahmen befinden. Das Gesetz sei in Kraft und man habe dadurch die Situation, dass sich diejenigen, die sich in Hagen aufhielten, möglicherweise nicht berechtigt hier aufhielten. Das örtliche Jobcenter sei nicht zuständig. Verwiesen werden müsse auf das ursprüngliche Jobcenter. Das sei nicht in allen Fällen leicht zu ermitteln. Man habe sich darauf verständigt, dass die nach dem 06.08.2016 eingereisten Flüchtlinge in das Bundesland zurückgewiesen würden, aus dem sie gekommen seien. Fälle, in denen die Menschen vor dem 06.08.2016 gekommen seien, erhielten nur einen befristeten Bescheid des Jobcenters Hagen. Sie könnten Ausnahmetatbestände bei der Ausländerbehörde geltend machen. Die würden individuell geprüft. Unter den Städten werde diskutiert, inwieweit Leistungen, die schon erbracht worden seien, den eigentlich zuständigen Jobcentern in Rechnung gestellt würden. Das habe eine finanzielle Dimension in nicht unerheblicher Höhe.

Herr Stechele ergänzt die Ausführungen. Das Ministerium habe zugesichert, dass die ausgesprochenen Bewilligungen der Maßnahmen unangetastet blieben.

Frau Köppen fragt, wie es sich mit der Quote verhielte, wenn die 300 Bedarfsgemeinschaften zurückgeschickt würden.

Herr Goldbach macht deutlich, dass es um bereits anerkannte Flüchtlingen gehe. Diese würden zum jetzigen Zeitpunkt gar nicht auf die Quote angerechnet. Diese seien in der Regel schon im SGB II - System. Nach der Wohnsitzauflage müssten sie sich für die ersten drei Jahre in dem Bundesland aufhalten, in dem sie zunächst zugewiesen seien.

Herr Reinke stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.



Beschluss:

Der Integrationsleitfaden wird als handlungsleitende Orientierung für die Integrationsarbeit beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	2		
CDU	3		
Die Linke	1		
In der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	1		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	4		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 11
 Dagegen: 0
 Enthaltungen: 0

8. . Betreuung der Kinder von Flüchtlingen und Zuwanderern in Hagen

Frau Haack stellt die Situation der Betreuung der Kinder von Flüchtlingen und Zuwanderern in Hagen vor (**siehe Anlage zu TOP 8**).

9. . Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern in Hagen

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goebels berichtet, dass es aktuell 132 unbegleitete minderjährige Ausländer in Hagen gebe. Eine Prognose über die weitere Entwicklung sei nicht möglich. Er gehe davon aus, dass im Laufe des Jahres weitere Zuweisungen erfolgen. Ein Schwerpunktthema sei zurzeit die Beschulung. Aktuell seien 90 % der unbegleiteten minderjährigen Ausländer beschult. Das große andere Thema sei die Freizeitgestaltung. Auch das laufe in Hagen gut. Das hätten die Träger in Hagen zusammen mit den



Sportvereinen ausgezeichnet umgesetzt. Die meisten Jugendlichen seien in Sportvereinen aktiv. Auch die Musikschule werde zwei Angebote für diese Zielgruppe bereitstellen.

Herr Reinke fragt nach dem Umgang mit Kinderehen. Gebe es derartige Fälle in Hagen?

Herr Goebels stellt einen Fall einer Kinderehe und das ergangene Urteil in Bamberg vor. Es gebe zu dem Thema keine einheitliche Rechtsprechung in Deutschland. Die Familienrichter in Hagen sehen es kritisch, wenn ein Mädchen unter 16 Jahren mit ihrem Ehemann zusammenziehe. In Hagen hätte es zwei Fälle gegeben. Dort seien die Ehepaare seinerzeit getrennt worden. Die Mädchen würden in diesen Fällen in Obhut genommen. Der Ehemann könne dagegen klagen. Man sei sich mit dem Landesjugendamt einig, dass Mädchen unter 16 Jahren nicht ehefähig seien.

Frau Kaufmann ergänzt, dass man mit dem Thema seit geraumer Zeit beschäftigt sei. Ihr Appell an die Anwesenden als politische Vertreter laute dahingehend, dass das Thema dringend politisch bearbeitet werden müsse. Unser Recht sei offensichtlich nicht bindend gegenüber dem Zivilrecht in anderen Ländern. Wenn die Ehe in einem anderen Land geschlossen worden sei, gelte sie auch in Deutschland, auch wenn das Mädchen zum Beispiel erst 14 Jahre alt sei. Man müsse sich dringend politisch damit beschäftigen und notfalls gesetzliche Vorschriften dahingehend verändern. Sie bitte, das mit in die jeweiligen Gremien zu nehmen, um darüber zu sprechen.

Herr Goebels weist darauf hin, dass sich die Situation bei den EU-Zuwanderern leider noch ein bisschen anders darstelle. In der Regel erfahre man erst sehr spät davon, dass die Mädchen verheiratet würden. Sie würden dann in der Regel ins Ausland gebracht oder von der Familie, in die sie hinein heiraten sollen, ins Ausland entführt. Beide Familien profitierten davon. Da fehle den deutschen Behörden eine Handhabe.

Herr Reinke betont, dass der Schutz des Kindes in jedem Fall vorgehe. Die Bundestagsfraktionen der Großen Koalition hätten beschlossen, per Gesetz bis zum Ende des Jahres Kinderehen zu verbieten. Im Hinblick darauf könne man das bereits im Vorfeld entsprechend so handhaben.

10. . Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen

Herr Hannusch stellt den aktuellen Stand der Kindertageseinrichtungen vor (**siehe Anlage zu TOP 10**).

Herr Goldbach betont, dass alle, die einen Kindergartenplatz nachgefragt hätten, versorgt worden seien. Wenn jemand berichte, dass er keinen Platz bekommen habe, sei es vermutlich so, dass das in der Wunscheinrichtung nicht geklappt habe. In



diesen Fällen schaue man, dass ein Platz in der nächstgelegenen Kindertageseinrichtung zur Verfügung gestellt werde. Insgesamt sei das eine tolle Leistung aller Beteiligten, dass alle Kinder hätten versorgt werden können trotz aller bestehenden Schwierigkeiten. Man brauche weitere Kapazitäten, weil man einen steigenden Bedarf haben werde.

Frau Haack berichtet, dass man sich im letzten Jahr an dem Landesprogramm beteiligt habe, wo man zusätzliche Krabbelgruppen, Spielgruppen und Tagespflegeplätze für Kinder über 3 Jahren eingerichtet habe. Im letzten Jahr sei das nur in Einzelfällen bewilligt worden. Nun habe man vom Land die Rückmeldung bekommen, dass man die zurzeit laufenden Projekte um ein Jahr verlängern könne. Man könne darüber hinaus auch neue Projekte anmelden. Dadurch könne man die Kapazitäten für die unterjährige Versorgung ausweiten.

Herr Reinke freut sich über die positiven Nachrichten.

11. . Kindertageseinrichtung Kochstraße Vorlage: 0722/2016

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Hannusch erläutert die Vorlage und weist auf den ausgehängten Lageplan der Kindertageseinrichtung Kochstraße hin.

Herr Reinke stellt fest, dass der Investor die Zusammenarbeit mit den Johannitern präferiere. Er möchte wissen, ob es dazu eine Stellungnahme der Verwaltung gebe.

Herr Goldbach erklärt, dass man den Wunsch des Investors zur Kenntnis genommen habe und sich das generell vorstellen könne. Man gehe derzeit davon aus, dass man ein Interessenbekundungsverfahren durchführen werde. Dann werde man den Vorschlag über die Trägerschaft in den Jugendhilfeausschuss einbringen.

Herr Reinke erinnert daran, dass Herr Sondermeyer einen Antrag zur Geschäftsordnung gestellt habe, diesen Tagesordnungspunkt zu verschieben.

Herr Goldbach weist darauf hin, dass es bei der Vorlage eine Sitzungsfolge gebe. Der Jugendhilfeausschuss tage erst wieder im November. Das würde bedeuten, dass sich der Start der Beratungsfolge um zwei Monate verschieben würde. Das hätte zur Folge, dass man auch den Bau erst zwei Monate später fertigstellen könne. Außerdem sei zu prüfen, welche zeitlichen Verpflichtungen man bei den Fördertöpfen eingehe. Dem Grunde nach sei das Vorhaben schon bei der Kindergartenbedarfsplanung berücksichtigt gewesen. Nun folge das konkrete Vorhaben. An dieser Stelle müsse die Kommune für den Bau kein Geld investieren. Der Investor trage die Kosten für den Bau und kümmere sich um die Vermietung. Die Miete würde über die normalen KiBiz-Zuschüsse refinanziert. Das sei der Idealfall, dass niemand von der



öffentlichen Hand für die Errichtung der Kindertageseinrichtung Geld investieren müsse. Von dieser Maßnahme hänge auch die Errichtung eines Altenpflegeheims in direkter Nähe ab. Man sei auf den Investor zugegangen und habe ihn gebeten, die Kindertageseinrichtung vorher fertigzustellen, um den Bedarf an Kitaplätzen decken zu können. Er richtet die Bitte an Herrn Sondermeyer, den Zeitplan bis zur Beschlussfassung im Rat am 22.09.2016 einhalten zu können. Er sei gern bereit, in die Fraktion zu kommen, wenn es noch offene Fragen gebe.

Herr Sondermeyer betont, dass es in der Regel so gehandhabt würde, wenn eine Fraktion Beratungsbedarf anmelde, dem auch entsprochen würde. Das sei auch in der Geschäftsführerrunde so besprochen worden. Er wundere sich, dass das hier nicht möglich sei. Der Ausschuss müsse letztlich über seinen Antrag entscheiden. Er sei entschlossen, den gleichen Antrag im Haupt- und Finanzausschuss zu stellen.

Frau Karadag befürwortet den Bau der Kindertageseinrichtung aufgrund der vielfältigen Probleme im Viertel. Sie schildert die Lage vor Ort.

Herr Reinke gibt Herrn Sondermeyer Recht, dass in der Regel so verfahren würde, wenn eine Fraktion Beratungsbedarf anmelden würde.

Da aber der Ausschuss darüber entscheide, lässt er über den Antrag von Herrn Sondermeyer abstimmen.

Beschluss:

1. Auf Antrag der Fraktion Die Linke wird die Beschlussfassung der Vorlage auf die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses vertagt.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD		2	
CDU		3	
Die Linke	1		
in der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder		1	
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände		4	

Mit Mehrheit abgelehnt

Dafür: 1
 Dagegen: 10
 Enthaltungen: 0

Nach der Abstimmung stellt Herr Reinke fest, dass der Vertagungsantrag abgelehnt ist.



Anschließend stellt der den Beschlussvorschlag der Vorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

2. Dem Neubau einer Kindertageseinrichtung in der Kochstraße durch die La Vida GmbH wird zugestimmt.
Die Maßnahme wird zum Kindergartenjahr 2017/2018 umgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	2		
CDU	3		
Die Linke			1
in der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	1		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	4		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 10

Dagegen: 0

Enthaltungen: 1

**12. . Kindertageseinrichtung Volmepark
Vorlage: 0723/2016**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Hannusch erläutert die Vorlage.

Herr Reinke stellt den Vertagungsantrag von Herrn Sondermeyer zur Abstimmung.



Beschluss:

1. Auf Antrag der Fraktion Die Linke wird die Beschlussfassung der Vorlage auf die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses vertagt.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD		2	
CDU		3	
Die Linke	1		
In der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder		1	
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände		4	

Mit Mehrheit abgelehnt

Dafür: 1
 Dagegen: 10
 Enthaltungen: 0

Er stellt fest, dass der Antrag abgelehnt ist und stellt anschließend den Beschlussvorschlag der Vorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

2. Dem Neubau einer Kindertageseinrichtung im Volmepark wird zugestimmt.
 Die Maßnahme wird zum Kindergartenjahr 2017/2018 umgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	2		
CDU	3		
Die Linke			1
in der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	1		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	4		



Einstimmig beschlossen

Dafür:	<u>10</u>
Dagegen:	<u>0</u>
Enthaltungen:	<u>1</u>

**13. . Inklusion in Hagen: Entsendung von Vertretern des Beirates für Menschen mit Behinderung in den JHA, SAS, STEA, KWA und SFA.
Vorlage: 0613/2016**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goldbach erläutert die Vorlage.

Frau Scharlau befürwortet die Teilnahme eines Vertreters des Beirats für Menschen mit Behinderungen an den Sitzungen des Jugendhilfeausschusses.

Ihr komme in dem Zusammenhang die Idee, dass man aber auch darüber beraten könne, dass in allen anderen Ausschüssen ein Vertreter des Jugendhilfeausschusses sitze, der sich um die jugendgerechte Gestaltung kümmere.
In anderen Kommunen gebe es solche Ansätze.

Frau Niemann fragt sich, wie hoch die Wahrscheinlichkeit sei, dass ein solches Vorhaben Bedarfe an anderer Stelle wecke. Sie nennt ein paar Beispiele.

Herr Goldbach ist der Meinung, dass man dem Gedanken von Inklusion ein Stückweit Rechnung trage. Das sei eine Bereicherung für den Ausschuss. Die Gefahr, dass Bedarfe an weiteren Stellen geweckt würden, sehe er nicht.

Herr Sondermeyer weist darauf hin, dass es sich hier um einen Rechtsanspruch handele.

Frau Köppen spricht sich auch für die Beteiligung eines Vertreters für Menschen mit Behinderungen an den Sitzungen des Jugendhilfeausschusses aus.

Frau Kaufmann berichtet, dass man derzeit damit beschäftigt sei, ein sogenanntes integriertes Handlungskonzept zu erarbeiten. Eine Stadt müsse viele Aspekte der Bevölkerungsgruppen wahrnehmen. Im Zuge der Un-Behindertenrechtskonvention sei es wichtig, ein Zeichen zu setzen.
Sie dankt Herrn Sondermeyer für den Hinweis, dass man auch bei der Wortwahl und in den Texten darauf achten solle, dass das Wort „behindertengerecht“ keine Gültigkeit mehr habe.



Es sei durch die Wortwahl „barrierefreie Einrichtungen für alle Menschen“ zu ersetzen.

Man müsse sich bemühen, das eigene Sprach- und Schreibverhalten dahingehend zu korrigieren.

Herr Reinke stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Hagen, Vertreter des Beirates für Menschen mit Behinderungen als beratende Mitglieder in den Jugendhilfeausschuss zu entsenden.

Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Vorlagen für notwendige Satzungsänderungen zu fertigen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	2		
CDU	1		2
Die Linke	1		
in der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	1		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	4		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 9
 Dagegen: 0
 Enthaltungen: 2

14. . Bericht zum Arbeitsfeld "Offene Kinder- und Jugendarbeit in Hagen"
Vorlage: 0725/2016

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Reinke schlägt vor, die heutige Beratung als erste Lesung zu betrachten und sich in der Sitzung des Ausschusses im November erneut mit dem Bericht zu befassen. Er schätze es so ein, dass auf eine zusätzliche Sitzung des Unterausschusses in der Angelegenheit verzichtet werden könnte.



Die Ausschussmitglieder sind mit dem Vorschlag einverstanden.

Beschluss:

Der Bericht zum Arbeitsfeld „Offene Kinder- und Jugendarbeit in Hagen“ wird in erster Lesung zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

15. . **Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände/ Freie Träger der Jugendhilfe, Jugendverbände und sonstige Träger der Jugendhilfe**
hier: Jahresberichte 2015
Vorlage: 0696/2016

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Reinke weist darauf hin, dass man hier neben dem gewohnten Bericht erstmals auch einen Bericht des Jugendrings vorliegen habe.

Er schlägt vor, auch diese Berichte in der heutigen Sitzung als erste Lesung zu betrachten. Die Beratung und Beschlussfassung werde dann in der Sitzung im November erfolgen.

Er richtet seinen Dank an Herrn Fischer für das Vorwort in dem Bericht. Er fragt, ob Herr Fischer heute zum letzten Mal seine Funktion im Jugendhilfeausschuss wahrnehme.

Herr Fischer bejaht die Frage und bedankt sich für die gute Zusammenarbeit hier im Ausschuss. Hier habe nicht die Parteipolitik im Vordergrund gestanden, sondern es sei immer um die Sache für Kinder und Jugendliche gegangen und habe immer ein Ergebnis mit Praxisbezug gegeben. Er habe diese Arbeit immer mit Freude gemacht.

Herr Reinke wünscht Herrn Fischer alles Gute für seinen weiteren privaten und beruflichen Lebensweg.

Beschluss:

Die Jahresberichte 2015 der Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände/Freie Träger der Jugendhilfe, Jugendverbände und sonstige Träger der Jugendhilfe werden in erster Lesung zur Kenntnis genommen.



Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

16. . Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates

Herr Reinke berichtet, dass er angesprochen worden sei, dass in einer Kindertageseinrichtung das Weihnachtsfest nicht mehr gefeiert würde. Lügen der Verwaltung Informationen darüber vor, dass in den Konzepten bestimmter Kindertageseinrichtungen Weihnachten ausgeklammert würde?

Herrn Hannusch teilt mit, dass ihm darüber keine Erkenntnisse vorlägen.

Herr Reinke merkt an, dass er noch einmal konkret nachfragen wolle, um welche Einrichtung es dabei gehe.

Herr Hannusch schlägt vor, das bilateral zu klären.

Ende des öffentlichen Teiles: 18.30 Uhr

gez. Detlef Reinke
Vorsitzender

gez. Sabine Hogrebe
Schriftführerin